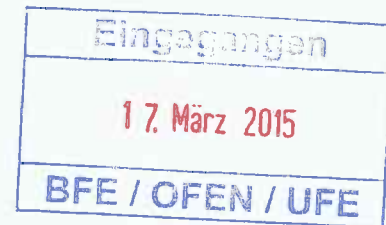


CH-3000 Bern  
Telefon: 0844 – 873 873  
Telefax: 071 – 757 94 59  
E-Mail: [info@vpe.ch](mailto:info@vpe.ch)  
Webseite: [www.vpe.ch](http://www.vpe.ch)

Bundesamt für Energie  
Sektion NE  
3003 Bern



Bern, 16. März 2015

## **Stellungnahme des VPE zur Strategie Stromnetze des Bundesrat**

Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne unterbreiten wir Ihnen die Stellungnahme des VPE, dem Dachverband der Personal- und Mitarbeitervertretungen der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft, im Rahmen des vom Bundesrat am 28. November 2014 beschlossenen Vernehmlassungsverfahren zur "Strategie Stromnetze".

Im Grundsatz halten wir es für richtig und sinnvoll, dass der Bundesrat eine Strategie für die Weiterentwicklung der Stromnetze festlegt. Namentlich danken wir allen Beteiligten für die sorgfältige Analyse der Ausgangslage und das Engagement für eine auch in Zukunft sichere und kostengünstige Stromversorgung der Schweiz.

Bei der technischen Beurteilung der Ausgangslage stützen wir uns auf eine von der Schweizerischen Akademie der Technischen Wissenschaften (SATW) erarbeitete Studie: "Ist das geplante Stromsystem der Schweiz für die Umsetzung der Energiestrategie 2050 aus technischer Sicht geeignet?" Die SATW stellt bezüglich der Versorgungssicherheit (BFE-Szenarien) folgendes fest:

- *"Für jedes der erwähnten BFE-Szenarien kann das Schweizer Stromnetz dank der hohen Flexibilität der Speicherseen und Pumpspeicher die prognostizierte, zukünftige Stromerzeugung aus Wind, Photovoltaik und Geothermie (2050: 11 TWh Photovoltaik, 4 TWh Wind, 4 TWh Geothermie und 16 TWh Laufwasser) quasi vollständig aufnehmen."*

Der VPE teilt die Meinung der SATW und geht deshalb davon aus, dass die heutigen Stromnetze auf Basis der heutigen Struktur auf einem pragmatischen Weg an die neuen Anforderungen angepasst werden. Das heisst konkret:

- Die Stromnetze sollen auch in Zukunft alle Optionen abdecken. (Bern: Im Volksmund wird das ideale Stromnetz gelegentlich als "Kupferplatte" bezeichnet, die an jedem Punkt beliebig angezapft bzw. in die beliebig eingespeist werden kann).

- Beim Netzausbau sollte auf die optimale und zukunftsweisende Einbindung der Schweiz innerhalb des kontinentaleuropäischen Verbundnetzes geachtet werden. Das heisst, die Ausbaupläne müssen koordiniert mit den entsprechenden Projekten auf europäischer Ebene vorangetrieben werden.
- Der VPE ist der Meinung, dass in der Energiestrategie 2050 die Frage der Grossproduktion im Inland als Realersatz der Kernkraftwerke nicht beantwortet ist.

Turbogeneratoren von Grosskraftwerken sind jedoch für die Netzstabilität von ausschlaggebender Bedeutung. Turbogeneratoren sind in der Lage Primär- und Sekundärregelung und damit die Frequenzhaltung sowie den Wirk- und Blindstromfluss auf wirtschaftliche Weise sicherzustellen. In der Netzstrategie bzw. Topologie ist diese Tatsache zu berücksichtigen, indem die Einspeisepunkte von bestehenden Kraftwerken nicht "geschwächt" oder gar rückgebaut werden und z.B. für die Option Gas-Kombi-Kraftwerke erhalten bleiben.

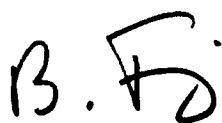
- In den regionalen und lokalen Stromnetzen ist sicherzustellen, dass die "Vorlaufkosten" für dezentrale Einspeisungen, Smart-Grid Systeme und die Installation von Smart-Metern etc. in den anrechenbaren Netzkosten berücksichtigt werden dürfen.
- Bezüglich der Gesetzgebung fordert der VPE, dass sich diese auf das Nötigste beschränken soll und möglichst kurze Verfahrenswege sichergestellt werden.

Zusammenfassend sind wir der Meinung, dass die Stromnetze alle zukünftigen energiewirtschaftlichen Optionen sowie den Stand der Technik angemessen berücksichtigen sollen. Für die Verbesserung der Wertschöpfung und zur allgemeinen Kostensenkung sind administrative Vorgaben und Auflagen auf ein Minimum zu beschränken.

Gerne senden wir Ihnen auch in der Beilage Ihren von uns beantworteten Fragenkatalog zur Strategie Stromnetze zurück.

Mit freundlichen Grüssen

VPE - Verband der Personalvertretungen  
der Schweizerischen Elektrizitätswirtschaft



Dr. Bernd Frieg  
Präsident



Mario David  
Vorsitzender Arbeitsgruppe  
Energiewirtschaft

Beilage: Fragenkatalog (erwähnt)

# Strategie Stromnetze Vernehmlassungsvorlage

## Fragenkatalog

Antwortende Organisation:

**Verband der Personalvertretungen der Schweizerischen Elektrizitätswirtschaft (VPE)**

### Inhalt

Szenariorahmen .....	2
Bedarfsermittlung .....	2
Nationales Interesse .....	5
Räumliche Koordination .....	5
Bewilligung Projekte .....	6
Überprüfung Kosteneffizienz .....	8
Öffentlichkeitsarbeit .....	8
Geodaten .....	8

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

## Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

*Art. 9a Abs. 1 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Eine verbindliche bzw. gesetzliche Vorgabe ist nicht nötig. Handelt es sich beim Szenario-Rahmen um die Energiestrategie 2050? Per Definition weisen Szenarien verschiedene Optionen auf. Die Netzplanung muss deshalb flexibel bleiben und pragmatisch auf alle möglichen und sich abzeichnenden Szenario abgestimmt sein. Aus Sicht des VPE sind beim aktuellen Szenario-Rahmen bzw. der ES 2050 zurzeit noch zu viele Fragen offen. Eine Abstimmung der Netzstrategie auf die vom Bundesrat als einzigen Lösungsansatz skizzierte Strategie, halten wir daher nicht für sinnvoll. In Bezug auf die Netzstrategie müssen alle Optionen offen gelassen werden. Namentlich sind wir der Auffassung, dass in der ES 2050 die Frage der Grossproduktion im Inland als Ablösung der Kernkraft nicht gelöst ist. In diesem Zusammenhang spielen die Turbogeneratoren eine entscheidende Rolle, da sie als Primär- und Sekundärregelmaschinen für die Frequenzhaltung, den Wirk- und Blindstromfluss und damit für die Netzstabilität von ausschlaggebender Bedeutung. Mehr als 75 % der elektrischen Energie weltweit wird mittels Turbogeneratoren erzeugt (vgl. VPE-Stellungnahme)

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

*Art. 9a Abs. 4 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Diese sollte situationsbedingt durchgeführt werden aufgrund von signifikanten Entwicklungen (technische, politische, soziale etc.).

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

*Art. 9a Abs. 4 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: vgl. Antwort Frage 2

## Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?  
*Art. 9d Abs. 2 StromVG*  
*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Eine gesetzliche Verankerung ist nicht nötig, sofern die Netzbetreiber weiterhin nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden.

5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?  
*Art. 9c StromVG*  
*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)*

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

6. Sind sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?  
*Art. 9e Abs. 2 StromVG*  
*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Netzplanung erfordert hohes Fachwissen, das in der Regel bei den erwähnten Instanzen nicht vorhanden ist. Wesentliche betriebswirtschaftliche und auch politische (Effizienz-) Vorgaben sind im StromVG - speziell in Art. 14 - bereits gesetzlich verankert.

7. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?  
*Art. 9b Abs. 1 StromVG*  
*Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Nach dem Subsidiaritätsprinzip sollte eine Frist nur auf Verordnungsstufe festgelegt werden, um bei Bedarf flexibel reagieren zu können unter Beibehaltung der bestehenden Regelungen von Art. 6 StromVV.

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

*Art. 9b Abs. 1 StromVG*

*Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Kooperation und Subsidiaritätsprinzip – Festlegung auf Gesetzesebene erscheint nicht nötig allenfalls auf Verordnungsstufe an die Bedürfnisse angepasst. Was soll passieren, wenn die angestrebte Frist nicht eingehalten wird?

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?

*Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.*

*Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)*

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Die Prüfung von Mehrjahresplänen durch die ElCom sollte sich auf die strategischen Aspekte der Netzebene 1-3 beschränken (z.B. grenzüberschreitende Leitungen für zukünftige Importe und Stromtransit sowie allfällige HGÜe-Netze). Nur diese sind auch einer Prüfung zu unterziehen.

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?

*Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)*

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Auf Verordnungsstufe zu regeln.

11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

*Art. 22 Abs. 2<sup>bis</sup> StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)*

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen: vgl. Antwort Frage 8

## Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

*Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Zwingende Voraussetzung für die Umsetzung von Optionen der ES 2050

## Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

*Art. 15e EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VPeA)

*Art. 15e – 15j EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.2.4 sowie 2.1*

☐ notwendig   ☒ nicht notwendig   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Heutige Regelung genügt.

## Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

*Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Sofern insgesamt eine Beschleunigung bzw. Verkürzung der Verfahren erreicht wird.

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

*Art. 18b EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Der Vollzug sollte auf Stufe der Kantone erfolgen.

17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

*Art. 17a EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☐ zielführend   ☒ nicht zielführend   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Das BFE muss die Verantwortung für die Strategieumsetzung vollumfänglich wahrnehmen und auch aktiv selbst unterstützen.

18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung, Verkabelung) anordnen kann?

*Art. 15b Abs. 2 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ zielführend   ☐ nicht zielführend   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Wenn damit die Akzeptanz verbessert und das Verfahren beschleunigt werden kann.



19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt?  
*Art. 15c EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: ... und sofern die Mehrkosten vollständig auf die 'obere' Netzebene oder auf die 'eigenen' Netzkosten abgewälzt werden kann.

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?

*Art. 15c Abs. 2 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

*Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?

(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Konkrete Vorschläge / Bemerkungen: durch sachliche und periodisch sich wiederholende Informationskampagnen des Bundes (z.B. Werbeblocks vor der Tagesschau, ähnlicher Rhythmus wie 'Energie Schweiz')

## Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

*Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)*

☒ Ja   ☐ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

*Art. 15 Abs. 3 StromVG*

*Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)*

☒ zielführend   ☐ nicht zielführend   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Für den Erfolg der Energiestrategie 2050 unerlässlich, und da ansonsten die notwendigen Massnahmen evtl. nicht zeitgerecht ausgeführt werden.

## Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

*Art. 9f StromVG*

*Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)*

☒ zielführend   ☐ nicht zielführend   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

## Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

*Art. 26a EleG*

*Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5*

☐ Ja   ☒ Nein   ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Es mag grundsätzlich sinnvoll sein eine Gesamtsicht zu haben, allerdings stellen wir im Sinne der Subsidiarität die Frage, ob dies nicht die Branche in Kooperation mit den Kantonen und Gemeinden kosteneffizienter erledigen kann.